

## Erklärung.

Die Organisation der Proletarischen Internationalisten haben die von ihnen selbst erwünschten mündlichen Dislugsionen mit uns abgebrochen. Siebrechen die Diskussion nicht ab, weil die Diskussion ingendein positives Resultat gezeigt hätte, ein Resultat der politischen Verständigung oder die Unmöglichkeit einer solchen - nein, sie brochen desstandingung oder die Unmoglichteit einer solchen - heln, sie brochen deshalb ab, weil wir, die Organisation Gegen den Strom ihnen zuwiel- Fragen stellten! Natürlich sagen die P.T. wir nehmen zu denen von uns gestellten Fragen selbst keinen klaren Standpunkt ein, mehr noch, sie meinen, dass wir mit den an die gerichtsten Fragen selbst nichts anzufangen wüßten. Diese Stellungsnahme der P.I. erscheint uns leicht verständlich, halt man sich vor Augen, daß diese Organisation Verhandlungen von Sußerster Dringlichkeit abbricht, weil der Partner hierbei zuwiele Fragen stellte bezw weil ihr Partner nach ihret einung mit viele Fragen stellte, bezw. weil ihr Partner, nach ihren einung, mit den gestellten Fragen nichte anzufangen wußte.

Doch gerade die P.H. die sich in der Führung der fortgeschritten nen Arbeiter, in der Politik usw. so stark fühlen, sie versagen bei den priritivsten Führungsflagen. Die sind im Führen so stark, daß sie im entscheidenden Moment eine Diskussion, wo diese ihre Opitze erreicht gezwungen sind, zu desertielen un sich nicht vor ihren einenen heuten zu blemieren. Die Widersprüche bei den Diskussionen haben ein zu gewaltiges Ausmaß angenommen, dies ist der Grund warum die P.I. die an sie gestellten lo Flagen als Anlass nehmen, un die mündliche Diskussion abzublichen.

chen.

Es ist nun naturlich ein leichtes die Schriften einer Organisation mundgerecht zu machen, leichter als die durch persömlichen Kontakt erzielten politischen Engebeitene und Resultate zu verschretten. Wir muß-ten bei den Diskussion des Ofteren feststellen, daß die TT Genossen einmal diese Meinung vertraten, das nächste Mal, nach erfolgter Präparierung wieder die gee getreue Linie dem PH Leitung vertraten. Vielleicht wird man sich nicht mehr daran erinnern, daß man gezwungen war zu enklaren, "die Eigentumsverhältnisse als einziges Kriterium des Kliegschafaltels erscheint ûngenügend, das B beweisen viele historische Beweise, wie z. B. der Krieg Italien-Abessinien usw." Oder waren wir diejenigen die dem Vorschlag machten daß man bei den Spitzenverhandlungen die Entgleisungen der einzelnen Genossen auf die Grundlinie der Organisation brin-

Watum man das Fragenstellen als Anlass zum Abbruch der mündlichen Fishussionen nahm, liegt einzig und allein darin, daß somanche Frage der politischen Linie der PI sehr gefährlich wurde. Das wenden die Intworten nicht nur der gestellten mindlichen Fragen beweisen, sondern auch die schiffbrüchigen Fragen. Wir welden beweisen, daß sich nicht nur gezeigt, daß man bei der PI keine einheitliche politische meimung kennt, sondern wir werden beweisen, daß selbst die höchste PI Führung nicht einmal das kennt, wie sie zu ein und derselben Frage vor ein oder

zwei Monaten - geschweige Jahlen - Stellung nahmen. Wir haben so manche Frage nicht unsonst beharrlich immer wieder zu stellen, demn es war lehrreich wir grundsätzlich die Antworten von einader unterschiedlich waren. Wir wollten dem PI Vertretery nach seiner eigenen Annegung, die Möglichkeit geben verschiedene Entgleisungen zu überprüfen und zu korrigieren, er ließ es nie soweit kommen, er schien nicht nougierig darauf zu sein welche Standpunkte seine Genossen teilten, er hatte scheinban mit dem eigemen genug zu tum und fürchtete die Konfusion.

Die PI dies ist uns sehr verständlich, haen nicht als Grund illes Abbruches der Diskussion ihre eigene Schwäche angeben, sie musten da-het zu rigend einem fadenscheinigen Argument greifen, wie dieses, daß wir wohl Fragen an sie richten können, aben vorhen hierauf intworten sollten. Wir sollten ihre Arbeit übernehmen damit sie sich wahrscheinli lich nicht in ihre unvermeidlichen Widersprüche verwirren! Lätten sie das von Anbeginne gesagt, hatten sie diesen Wunsch "leich geaußert, oder wie es ihnen besser liegt - gefordert, dann wäre es wahrscheimlich zu heinem Abbruch der Diskursionen gekommen? Uns ist gedenfalls keine Frago der II zuviel geworden. leider haben sie zuwenig geflagt. Und - vor allem wir haben liese Fragen nicht vergessen, wenn sie auch gelautet haben: "welchen/Charakter die romisch katplische Kirche hat" wir wer-

den auf diese wenigen Fragen noch zurück kommen.

Aber die II hat Zeit und Geduld. Sie kömmen warten, wenn auch die Geduld nicht unerschöpflich ist. Letzteres würden wir aber sehr begrüßen - wenn die Geduid der PI mit der in ihren Reihen herrschenden KB Ideologien nicht unerschöpflich wäre. Die Diskussionen die wir mit der PI führten, haben nämlich den Beweis erbracht, daß die PI nicht den KB liquidierte, sondern daß die kampfbündlerische Ideologie innerhalb der PI die Oberhand gewonnen hat und seine Auffascung des atalinschen In-

perialismus einschauggelte.

Die PI die versuchte festzustellen, daß sie mit uns auf derselben Linie in Bezug der Annerionsfrage stehe, zu diesem Zwecke bei der letzeten Verhandlung sich sogar soweit herbei ließ die politischen Spitzenverhandlungen wieder aufzunehmen, treten nun in der Beantwoltung der an sie gestellten achten Frage für die Annexionen der SU eit. Sie sind gegen die Annxionen des proletarischen Staates, treten aber für die Expansion des proletarischen Staates ein, doch wohlgemerkt 11 nur unter Wahrung der denokratischen Rechte ??? solche Blüten revolutionärer marxistischer Enkenntlässe sind wir vom Kampfbund gewöhnt. Doch diese mit unserer Meinung, mit unserer politischen Linie in Einklang bring n zu wollen ist eine niederträchtige Frechheit.

will erklären nachdrücklichst, daß wir laut Beantwortung der achten Flage mit der PI in der Flage der Annexionen, des Solbstbestimungswichtes der Hationen nicht gleicher Meinung sind, daß uns hier eine abmundtiefe Hluft trennt. Mit einer Kampfbundideologie kann es heine gleiche Meinung geben, kann es heine Verständigung geben, ohne dieselbe vollkommen fallen zu lassen. Expansion ohne Annexion, Aufzwingung des Sozialismus und Wahrung des Selbstbestimmungsmehrtes, das sind Frückte von Kampfbundideologie, das ist die Verbeurlichung stalinscher General. von Kampfbundideologie, das ist die Verherrlichung stalinscher General-linie, das sind Methoden, Schlagworte ohne Verstand a la variidrender Defaitismus.

Die Beantwortung der lo Fragen die wir an die II richteten, zeigt den Douwnd zwischen der proletarisch revolutioneren kolitik und der verchrobenen, markistisch-sein-wollenden Tolitik eines Kampfbuldes. Die FI haben sich die Folitik des Kampfbundes angesignet und haben da-mit neuerlich die "Fosition" des Zentrums bezogen. Sie haben hiefür die volle Verantwortung zu tragen.

Die Leitung

#### Chonomische und politische Streiflichter-

### I. Die ökonomischen Grundlagen der ersten Phase des Kommunismus.

Entgegen allen bisherigen Revolutionen, beruht die proletarische Revolution auf direkter Umwälzung der gesemten Grundlagen der Gesellsch schaft und deren Produktionsverhaltnissen. Die der proletarischen Revolution vorhelgegengenen, beruhten auf der Hüherentwicklung des Privateigentums, z.B. auf der Umwandlung des feudalen im das bürgerliche Eigentumsverhältnis, bei Aufrechterhaltung des Privateigentums. Die proletarische Revolution bedeutet eine vollständige Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, vom Privateigentum an Produktionsmittel, im das Eigentum der ganzen Gesellschaft. Sie ist eine soziale Revolution im wahrsten Sinne des Wortes. Die Anderung des Produktionsverhaltnisses ist nicht das dimekte Resultat der Revolution des Proletariats, sondern einel der Revolution vorangejangenen Prozesses der Vergesellschaftung der Produktion, durch den sozialen Charakter der Arbeit des Proletariats.

Die Untstenung und Entwicklung des Froletariats ist gleichzeitig und pavalell mit dem Entstehen und des Wachstums des Kapitalismus. Je mehr sich die p kapitalistische Produktion infolge des raschen Anwachsens in gesellschaftliche und kollektive Produktion, vom Einzelunternehmer in ganze Unternehmergruppen bis zum Staatskapitalismus entwickelt schafft sie die Voraussetzung nicht nur des Anwachsens des Froletariats als Klasse, sondern auch jener Produktionshöhe auf der es möglich wird die anarchistisch-kapitalistische Produktionsweise in die planmäßige, sozialistische Froduktion unzuwandeln.

Die Verwandlung des privatkapitalistischen Eigentums in Aktiengesellschaften, Trusts und in Staatseigentum, ihe Entwicklung zum Monopolismus, heht die spazifische Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel nicht auf. Weder die Produktionsweise noch die der kapitalistischen Produktion ndäquate Verteilung wird durch diesen Akt berührt. Das Verhältnie swischen Lohmarbeit und Kapital bleibt aufrecht. Die Übernahme der Rueduktionsmittel durch den kapitalistischen Staat ist demnach nicht die Lösung der blind winkenden Gesetze der kapitalistischen Produktion. Der kapitalistischen Staat ist mur die Organisation welche die kapitalistischen Produktionsweise aufrecht zu erhalten und zu schützen. Alle wintschaftlichen und Tinanziellen Organisationen konzentrieren sich auf dieser Entwicklungsstufe des Kapitalismus in kapitalistischen Staat und dessen "besoldeter" Bürokratie durongeführt. Die ganze Tütigkeit des Kapitalisten beruht nur mehr in Revenüeinstreichen und Kouponabschneiden". Die unerbittliche Honsequenz der kapitalistischen Produktionsweise die zuerrt den Arbeiter verdrängte, nimmt den Kapitalisten ihre gesellschaftliche Funktion und verweist sie, ganz wie die Arbeiter in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst nicht in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst nicht in

Mer hat auch der Staat durch die Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolismus alle gesellschaftlichen Funktionen der Kapitalisten übermotelbn und werden diese durch "besoldste" angestellte versehen, so übermotelbn und werden diese durch "besoldste" angestellte versehen, so ändert dies nichts an den spezifisch kapitalistischen Produktions und Verteilungsnormen. Hierst sind Deutschland, Amerika und England usw. typische Beiephele. Kapitalistische Privatinitiative, Triese der Waren, Aktien usw. werden im Interesse des Monopolkapitals, durch die eiserne Polizeifaust niedergehalten. Aber all das im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft, der kapitalistischen Ameignungsweise. Die "besoldeten Angestellten" der Kapitalistischen sie sich auch noch so hoch über ihre Herren erhoben, können als "Organ der Verteilung" miemals über den Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise und Verteilungsweise hinnus, sie können unter strengster Kontrolle der Kapitalisten ausschließlich mur nach den Interessen der Kapitalisten verteilen. Diese Verteilung vollzieht sich ausschließlich auf der I Ebene der Provutaneignung der Mehrarbeit in Form des Profitse. Dadurch sind in letzter Instens micht die Fürokraten die "besoldeten Angestellten" nach deren Grundsätzen verteilt wird, sondern die Beritzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten. Die kapitalistischen Produktions- und Verteilungsformen bleiben auch innerhalb der durch den Staat selbst kontrollierten Produktion eine unerträgliche Fessel für diese selbst und schaffen mit unerbittlicher Notwendigkeit eine sich

täglich steigernde Unerträglichkeit der Klassenlage, die ihren Ausdruck findet in dem sich täglich verschärfenden Gegensatz von immer wenigeren aber immer reicher werdenden Kapitalisten und immer zahlreicher aber immer ärmer werdenden Proletariern. Weiters in einem Anwachsen der innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten massenhaften Produktivkräfte die von dieser nicht mehr zu bändigen sind und der Übernahme durch die Arbeiterklasse harren, als der einzigen Klasse die befähigt ist, alle Klassen und damit alle Klassengegensätze liquidiert und abbaut.

Haben sich die Produktionskräfte soweit entwickelt, daß ihr gesellschaftlicher Charkter unabweisbar geworden ist, und somit der kapitalistischen Leitung entwachsen sind, so drängen sie nach einer ihren gesellschaftlicheh Tätigkeit entsprechenden Führung. Die Arbeiterklasse als die einzige befähigte, die Produktionskräfte von ihren kapitalistischen Fesceln zu befreien, ihnen die gesellschaftliche Führung zu geben muß dies offen und ohne Umwege durch die Zerschlagung der kapitalistischen Führung tun. In dem Akt der Zerschlagung der kapitalistischen Leitung der Produktionskräfte und die Ersetzung durch die Leitung des Proletariats, liegt der notwendige Schritt zur Vorwärts entwicklung der Menschheit. Die Produktionskräfte aller entwickelten kapitalistischen Staaten sind längst der kapitalistischen Bigentumsform und dem Produktionsverhältnis entwachsen und hauren der Befreiung durch die proletarische Revolution und des Überleitens in den Sozialismus.

Indem das Proletariat durch die Mornahme der Macht, durch die Aufrichtung seiner Diktatur zur Berrin der Produktionsmittel wird, um diese Produktionsmittel planmäßig im Sinne der gesamten Gesellschaft anzuwenden hebt sie die unter dem Kapitalismus herrschenden ämmakken Gesetze der Produktion und Verteilung auf und damit zum Teil die mit der kapitalistischen Produktion verbundene ökonomische Ungleichheit. Die Besitzergreifung der großen Produktionsmittel durch die Eroberung der politischen Macht, ist der erste Akt der erste Schritt zur Beseltigung der sozialen Ungleichheit. Wohl bleiben noch gewisse Unterschlede in Reichtum und andere Ungerechtigkeiten bestehen, doch wird die alte Produktionweise grundlegend umgewandelt. An ihre Stelle tritt eine Organisation wo kein einzelner seinen Anteil an der produktiven Arbeit auf einen enderen wird abwälzen können, somit auch nicht Produktionsmittel, Fabriken, Maschinen, Grund und Boden als Privateigentum an sich zu reissen. Aber es ist unmöglich alle die Ungleichheiten auf einmal und mit einem Schlage zu beseitigen die der Privatbesitz an Produktionsmittel hervorbringt.

Produktionsmittel hervorbringt.

Der Sozialismus die Diktatur des Proletariats entwickelt sich auf jener Basis die der Kapitalismus hinterließ, auf jener ökonomischen Grundlage auf der sie aus dem Kapitalismus hervor geht. Sie kann daher nicht ale "Ungerechtigkeiten" auf einmal beseitigen. Vorerst beschrändsie sich darauf jene Ungerechtigkeit zu beseitigen wo Produktionsmitte in großem Umfange von einzelnen Personen angeeignet werden können.

"Das Recht kann nie höher sein, als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." (Marx) Diese Mißstände sind bedingt durch die ökonomischen Grenzen die der Sozialismus nach dem Kapitalismus vorfindet. Aber diese Grenzen sind derart, daß sie eine Steigerung der sozialen Gleichheit beinhalten und nicht unmöglich machen.

Die proletarische Revolution verschafft dem Pro=zess der Steigerung und Konzentration der Produktivkräfte einen ungeheuren Umfang und gewaltige Intensität. Denn der Sozialismus ruht auf der Grundlage einer planmäßigen staatlichen Organisation, die die Menschen zur streng sten Einhaltung der Einheitsnormen auf dem Gebiet der Erzeugung und Verteilung von Produkten zwingt.

"In seiner ersten Phase"sagt Lenin, "auf seiner eisten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch nicht völlig reif sein, völlig frei von den Traditionen oder Spuren des Kapitalismus sein. Hieraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung, wie die Beibehaltung des 'engen bürgerlichen Rechtshorizont' während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht auf iem Gebiet der Verteilung der Konsuntionsgüter setzt natürlich auch den bürgerlichen Filat voraus, denn das Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande ist, die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen."

"Es ergibt sich also, daß unter dem Kommunismus nicht mur das

bürgerliche Recht eine gewisse Zeit bestehen bleibt, sondern sogar der bürgerliche Staat ohne Bourgeoisie!"

ber Staat jedoch, der dissen"engen bürgerlichen Rechtshorizont" und seine Einahltung zu erswingen imstende ist, soll nicht der bürokratische Staat sein, sondern der demokratische Staat der bewaffneten Arbeiter, der Staat der Arbeiterräte. Der Staat als Herrschaftsinstrument der Arbeiter ist nun das Ongan, das zu sorgen hat, daß die "bürgerlichen Rechtnormen" die als Spuren und Überreste des Kapitlaismus hi verbleiben, nicht über den geltenden Rahmen der proletarischen Herrschaft hinaus schießen. Die Arbeiterräte sind die Organe der Arbeiterklasse und seines Herrschaftsinstruments, seines Staates. Der Staat der Arbeiterräte hat über das Maß der geleisteten Arbeit und über das Maß der geleisteten Arbeit und über das Maß der sehaft.

In der ersten Phase des Kommunismus, wo noch nicht die Quellen der Froduktion aller notwendigen Güter voll fließen, bleibt das "bürgerliche Recht" bestehen. Aber es beruht nicht mehr auf der Anerhennung der privaten Aneigung der Froduktionsmittel, sondern in der Anwendung als Maßstab an der individuellen Leistung. Es beruht daher in seiner Hauptsache auf der Anerkennung der individuellen Leistung und der individuellen Entlehnung. Es wird und kann noch nicht nach dem bedürfnis des einzelnen Individuems entlehnt werden, sondern nur nach dem entsprechenden Arbeitsquantum, das für die Gesellschaft geleistet wurde. Jeder erhält von der Gesellschaft in anderer Form das zurück was er für sie geleistet hat. "Jeden nach seiner Leistung." Das ist ein großer Schritt vorwärts von den bürgerlichen Rechtsnormen und dem Kapitalismus und den "bürgerlichen Rechtsnormen" der ersten Phase des Kommunismus. Es wird verwirklicht das Frinzip: "Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen:" Und der "Wächter" da dieses Frinzip auch eingehalten wird ist nicht der bürekratische Staat, sondern der Staat der Räte, der

Staat der bewaffneten Arbeiter.

Tie Enteignung der Kapitalisten und die Umwandlung deren Eigentum in das Eigentum der ganzen Gesellschaft, die Eerschlagung des kapitalistischen Herrschaftsinstrumentes und seine Ersetzung durch das proleta-rische Herrschaftsorgan ist die Voraussetzung zur ökonomischen Befisch-ung des Froletariats und der Aufhebung der Klassengegensätze überhaupt. Dieser Akt kann natürlich noch nicht begleitet sein, mit der plötzlichen und vollkommenen Aufhebung des Beamtentums. Auch in der Periode der proletarischen Diktatur sind besoldete beamtete Personen des Proletariats notwendig. Aber deren Funktion ist, die günstige Entwicklung der proletarischen Diktatur vorausgesetzt, die bescheiden bezahlte Funktion von "Aufsehern und Buchhaltern." Das Proletariat zuß daher daran-gehen soffort bei seiner Machtergruifung den alten kapitalistischen Beamtenapparat zu zerschlagen und an seine Stelle einen neuen aufrichten, der durch die Entwicklung der proletarischen Diktatur allmählich alles Beamtentum überflüssig macht. Um eine Erhebung der Beamten über das Proletariat, deren Angestellte sie sind, zu verhindern, muß er seine Aufgaben um den Durchschnittalohn eines Arbeiters versichten. Auf dieser Basis wird es unmöglich, daß sich ein bevorzugter Teil der Gesellschaft absondert, der auf Kosten der gammen Gesellschaft eine bevorrechtete Stellung innerhalb dieser einnimmt und dieser eine Konservierung des "bürgerlichen Rechtes" aufzwingt, ja durch dies die ganze souialistische Gesellschaft in Frge stellt. Indem die Arbeiterklasse ihre besoldeten Beamten für den Gehalt eines durchschnittlichen Arbeitslohnes ihre Funktionen erfüllen läßt, beseitigt sie auch auf diesem Gebiet zum Teil das "bürgerliche Recht", da sie es dem Beamtentum nicht gestattet, sich durch ihre Funktion über die Gesellschaft zu erhaben.

Dieses "bürgerliche Recht" fällt allmählich als Verteilungenorm

Disces "bürgerliche Recht" fällt allmählich als Verteilungsnorm durch das Anwachsen der Produktivkrüfte weg. Der genossenschaftliche Reichtum wird ein "Überschreiten des engen bürgerlichen Rechtshorizontes" ermöglichen und an Stelle des bürgerlichen Leistungsprinzipes, wird die kommunistische Gesellschaft "jedem nach seinem Bedürfnis" geben können.

Daß jedoch der Weg vom Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft bis zum Kommunismus nicht geradlinig und ohne Rückschläge ist, worden wir weiter unten noch sehen. Hier sei nur darauf verwiesen, daß dies in groben Umrissen die theoretische Erkenntnis ist, die ums die großen Meister Marx, Engels, Lenin überliefert haben.

# II. Ungleichheit des Verbrauches, oder Ungleichheit der Verteilung ?

Wie stellen sich nun die "Proletarischen Internationalisten" 20 den Fragen der Grundlagen der ersten Phase des Kommunismus, dexen theoretische Festlegung nun schon nahezu 65 Jahre durch den Marxismus als geklärt gilt und deren Richtigkeit nach den Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 und der russischen Revolution 1917 und der Errichtung isr proletarischen Diktatur erhärtet worden sind?

In ihrem Thesenentwurf "Für die Sowjetmacht- gegen die Stalinhü-rokratie" schreiben sie im ersten Abschnitt These 5, in der ausdaucklich die Rede ist vom proletarischen Staat wie er aus der Revolution hervorgegangen ist, folgendes: "Die Verteilung der Lebensgüter aufolgt somet nach Menge und Beschaffenheit der individuellen Arbeit nach den Grundsatz: 'Jedem nach seiner Leistung! Dadurch entsteht in der Sphäre des Verbrauches Ungleichheit und diese ruft ein ihrem Typus nach "burgerliches Cagan hervor, das die Ungleichheit, die Vorrechte schützt (das bürgerliche Recht auf dem Boden des proletarischen Staates) schützt: die Bürgerliche (unterstreichung von uns)

Soweit die These. Wir wollen heir auf sie nur insoweit eingehen

als es für das hier zu besprechende Thema von Notwendigkeit ist. Die P.I. die sich immer und gerne als die ausgemachten und alleimigen, naturlich Unfehlbaren (wir kennen ja schon einige Proben ihrer Unfehlbarkeit) unfehlbaren Vertreter des Marxismus hinstellen, treten in ihr als
offene Gegner des Marxismus und der proletarischen Revolution auf. Sie
sagen, daß nach der stegreichen proletarischen Revolution, nach den
Sturg des Venitalismus, durch die apritalle Beibabaltung des Thirgerlie Sturz des Kapitalismus, durch die aprtielle Beibehaltung des "bürgerlichen Rechtes" in der Sphäre des <u>Verbrauches Ungleichheit entsteht!</u>
Woraus schließen sie das? Von woher beziehen sie ihre Weisheiten? Glauben die P.I. daß innerhalb der kapitalischen Produktion, Gleichheit des "Verbrauchs" besteht, der durch die siegreiche Revolution des Pro-letariats verschwindet? Und an ihre Stelle Ungleichheit tritt. Es ist ein ausgemachter Unsinn, von "Gleichheit des Verbrauchs"

oder von "Ungleichheit des Verbrauches" zu reden, noch dazu, daß das eine oder das andere durch die siegreiche proletarische Revolution verschwinden oder entstehen soll. Denn es ist doch ganz klar, wenn sich die erste Phase des Kommunismus auf die Formel "Jedem nach seiner Leistung" stützt und dadurch Ungleichheit im Verbrauch entstehen soll, vor-her Ungleichheit im Verbrauch bestanden haben muß. Ungleichheit im Verbrauch existiert jedoch, seitdem die Menschheit existiert und wird bestehen solange es Menschen geben wird die individuell verschieden sindalso, solange es Menschen überhappt geben wird. Keine Gesellschaftsord-nung, sei es welche immer, wird diesen Unterschwed beseitigen können. Weiters wird sich auch niemand finden, der für die Gleichheit des Verbrauchs eintreten wird. Es ist doch ein Unding zu verlangen, daß der durch körperliche Konstitution, Tätigkeit, Alter usw. bedingte indiviauelle, also ungleiche Verbrauch verschwinden soll. Wie könnte nam z.B. einen Greis zwingen denselben Verbrauch an Konsumtionsgüter zu haben als ein Jüngling? Oder umgekehrt, den Jüngling zu zwingen sich mit dem Verbrauch an Konsumtionsgüter eines Greises zu begnügen?

Gerade Mark geht in seiner Lehre von der Amerkeamung der Ungleichheit der Individuen heran. Bei der Betrachtung über das Recht und seiner Anwendung, geht Mark eben von der Unscheedlichkeit der Individuen aus. Er schreibt: "Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen: aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschieden wenn sie nicht ungleich wären) Mannlein und Weiblein, große und Keleine ... Ein Arbeiter ist verheiratet der andere nicht, einer hat mehr Kinder, der andere weniger oder garkeine usw. und fügt hinzu: "Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfond erhält also der eine Taktisch mehr als der andere, ist der eine reicher als der andere u.w. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht statt gleich ingleich sein

Dem Marxismus als Lehre der proletatischen Revolution geht es also offenbar um etwas anderes, als sich über den ungleichen Ver rauch ansich verschiedener Individuen zu erhitzen. Es geht darum, die Ungleich heit der Verteilung zu beseitigen, wie sie das Privateigen in und besonders markant und scharf der Kapitalismus hervorgebischt lat. Aber das geht nicht auf einmal, das geht mur langsam und ist bedingt durch

die Kulturentwicklung der Gesellschaft. Der proletarischen Revolution seht es vorallen den Benschen dazu zu verhelfen, daß sie für ihre geleistete Arbeit nach ihrem Bedurfnis, nach ihrem individuellen Verbrauchsbedurfnis, das selbstverständlich nicht gleich sein kaum, leben hönnen. Aber das kaum sie nicht sofort geben. Sie kaum vorerst nur die schießenste Ungerschtigkeit, die gröbste Ungleichheit abschaffen. Das Privateigentum an Produktionmittel und das Recht auf Aneignung fremder mehrarbeit! Es erkennt keine Klassemunterschieße mehr an. Dadurch entsteht aber nicht Ungleichheit im Verbrauch, sondern die schon bestehende Ungleichheit der Verteilung wird eingedälmt.

de Ungleichheit der Verteilung wird eingedällt. Der wesentliche Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderungen ist die Forderung der "Abschaffung der Klassen. Jede Gleichkeitsforderung die darüber hinaus geht, wie z.B. die Forderung der Gleichheit im Verbrauch usw. vorläuft notwendigerweise ins Absurde. Aufgabe des bewiften Proletariats ist es, sich nicht in Absurditäten zu versteigen, undränstk, zumal sie damit dem Opportunismus eine Waffen gegen sich in die Hand geben, sondern am Boden der Wirklichkeit zu bleiben und damit

eine Waffe gegen den Opportnuismus zu schmieden.
Aber, könnte jemand einwenden, hier handelt es sich offenbar um
einer Schreibfehler, es soll nicht heissen Verbrauch, sondern Verteilung! Auch das ist vollkommen falsch und unmarkistisch. Denn durch die Beseitigung des Privateigentums an den großen Froduktionsmitteln, trotz Beseltigung des Privateigentums an den großen Productionsmitteln, trotz der noch notwendigen Beibehaltung des Leistungsprinzips wie es vom Kapitalismus entwickelt wurde und durch die noch notwendige Beibehaltung der differenzierten Arbeit (einfache und zusammengesetzte Arbeit) entsteht nicht Ungleichheit, sondern Gleichheit der Verteilung.

Daß es sich nicht um einen Behreibfehler und um keinen Errtum handelt, sondern um eine völlige Unkenmtnis der Materie, geht auch aus folgender Tatsache heuvot. In These 8 des 1. Abschnittes heißt es

"Solange wahre Cleichheit wie sie unter dem Sozialismus herrschen wird infolge des niederen Standes der Produktivkräfte nicht möglich ist, solange wird mit Notwendigheit eine privilegierte Minderheit abgesondert, werden die Bevollmächtigten der Arbeiterilasse sich bürokratisieren und die Eurokratie sich über die erneute Gesellschaft aufschwingen.

Es ist jedoch schon eine alte Weisheit. daß "wahre" Gleichheit nicht herischen kann. Denn Herrschaft setzt Ungleichheit voraus, den Merrschenden und Deherrschten, mit anderen Worten sie setzt Klassenje-gensätze voraus. Das macht den PI durchaus nichts aus. Sie setzen jedenfalls die Herrschaft, diese kann nur Klassenherrschaft sein, mit "wahrer" Gleichheit gleich. Wir werden im Kapitel IV über die Notwendigkeit der Bürckratie sicher noch mehr erfahren als hier wo wie auch auf die Auffassung in Bezug auf Gleichheit hinweisen wollen.

# III. Wer schützt das "bürgerliche Recht" im proletarischen Staat ?

Auf diese Frage geben uns nicht mur die bisherigen theoretischen Feststellungen, sondorn auch die Dekrete der siegreichen proletarischen Revolution in Russland Antwort, sowie auch deren Verfassung und Staats-aufbau. Die ersten Dekrete der proletarischen Revolution beruhen auf folgenden Tatsachen die in keiner Weise mit den theoretischen Festlegungen Hark-Engels-Lenin in Widerspruch stehen. Das zu beweisen werden wir weiter unten Gelogenheit haben.

Die wichtigsten Dekrete waren folgende: 1. Die Schaffung neuer Verwaltungsorgane für das Wirtschaftsleben an Stelle der zertrümmerten kapitalistischen Organe, die Organisierung Dieser Organe auf der Grundlage einer unmittelbaren Betoilligung der Arbeitelmassen an den Arbeiten der Verwaltung.

2. Die leseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die Fott-

nahme an Grund und Boden bei den Grundbesitzern, die Nationalisie-

rung der Banken usw. 3. Ein Dekret über die Organisierung einer einheitlichen Wirtschaft, Organisierung der Rätewirtschaften im Dorf, von staatlichen Industrie. Zusarmenschluß unzusarmenhängender Unternehmungen unter Leitung gegemeinsamer Räteorgane.

4. Und eines der wichtigsten Dekrete des prol. Staates. Der Übergang der Produktionsgüter in die Hände des Staates und der Organisierung der staatlichen Verteilung dieser.

Diese Maßnahmen des Proletariats unter Führung der proletgrisch-revolution ren Klassenpartei, stehen in keiner Weise mit den theoretischen Festlegungen in Widerspruch. In. Gegenteil! Um solche Maßnhmen ergreifen zu können mußte schon ein Programm, ein Plan vorhanden sein, nach dem man handeln konnte. Zuallerminder t muste man wemigstens eine blasse Ahmung haben, von dem was au tun, nach dem Sturz der Kapitalistanklasse, um die Herrschaft des Proletariats zu sichern. Wenn z.B. Lenin schreibt: "Bis zum Eintritt der "höheren" Phase des Kommunishus fordern die Sozialisten die strengste Kontrolle seitens der Gesellschaft und seitens des Staates über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtions aber diese Kontrolle muß beginnen mit der Empropriation der Kapitalisten, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten und durchgeführt soll sie werden nicht durch den bürokratischen Staat, sondern durch den Staat der bewaffneten Arbeiter." So ist die Rolle des Staates als errschaftsinstrument in der Periode des Übergangs von der ersten Phase zur höheren Fhase des Kommunismus eindeutig vorgezeichnet. Die Kontrolle über das Maß der Arbeit und über das Maß der Konsumtion soll von Seiten des Staates durchgeführt werden! Das heißt,daß die Oberneste des "bürgerlichen Rechtes" die noch nach dem Sturz der Kapitalisten verbleiben, durch den Staat und zwar durch den Staat der bewaffneten Arbeiter geschützt werden sollen.

Wie schon crwähnt behaupten die PI in ihrem Thesenentwurf, daß die Bürokratie im Arbeiterstaat das Organ sei, das die noch in Geltung bleibenden "bürgerlichen Rechtsnormen" schützt. Bei Mark und Lenin ist es der Staat. In der Mese 6 des ersten Abschmitts bringen die ein Zitat Lening, das gerade das Gegenteil sagt, von dem was sie in These 5 behaupten. "Das bürgerliche Recht auf dem Gebiet der Verteilung der Konsumtionsmittel setzt natürlich auch den bürgerlichen Staat voraus, denn das Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande ist, die Einhaltung der Rechtsnormen zu erzwingen."

Es ergibt sich also, daß unter dem Kommunismus nicht nur das "bürgerliche Recht" eine gewisse Zeit bestehen bleibt, sondern sogar der bürgerliche Staat- ohne Bourgeoisie!"

Bei den PI ist die Bürokratie nicht nur die "Hüterin" des bürgerlichen Rechts, nein das wäre doch viel zu wenig, sie ist sogar das Organ der Verteilung! Und das ist nach Ansicht der PI sogar ihre sozial notwendige Umitticn?: (These lo,1.Abschnitt) Welch ein abgrundtierer Interschied! Bei Lenin ist der Staat das Organ, das nicht nur das "laß der Arbeit und das Maß der Konsumtion kontrollieren soll und damit natürlich auch die Einhaltung der "bürgerlichen Rechtsnotmen" erzwingt. Und das alles, trotzdem ihnen die Stellung Lenins in dieser Frage nicht unbekannt sein konnte. Das beweist das in These 6 verwendete Zitat.

Bei der Auffasung daß die Bürokratie das Organ der Verteilung ist,

und somit auch die "Schützerin des "bürgerlichen Rechts" wird die Rolle der Partei, Sowjets und der Gewerkschaften vollkommen übersprungen. Die als Ougane des Staates und vorallem der Arbeiterklasse selbst figurieren. Die Beamten (Eurokratie) sind das Werkzeug der Arbeiterklasse und werden von Partei, Gewerkschaften und Sowjets unausgesetzt in ihrem Amt kontrolliert. Die Grundlagen des Gamzen Wirtschaftslebens des proletarischen Staates wie er aus der siegneichen Revolution hervorgeht und eben von diesem ist im These 5 die Pede, sind die Gewerkschaften. An der Spitze des Wirtschaftslebens steht der oberste Volkswirtschaftsrat. Die Grtlichen Volkswirtschaftsräte sind die Vollzugsorgane des obersten 

sehr großes Maß bürokratischer Gefahren. Das hat ja schließlich die Gegenwart bewiesen. Aber ob bis zur obersten Grenze "bürokratisch verunstalteter" proletarischer Staat oder den Normen des demokratischen Zentralismus entsprechend organisierter proletarischer Staat, seine Funktionen in Bezug auf das "bürgerliche Recht" oder auf die Verteilung bleiben im wissenschaftlichen Sinne die gleichen. Natürlich, entwickelt sich der rpolotalische Staat nicht zum Sozialismus, durch die "bürokratische Verunstaltung," dann "wachsen" ve die noch verblibbenen bürger-lichen Ungleichheiten auf dem Gebiet der Verteilung auf Kosten der so-zialistischen Entwicklung. Der Staat bleibt, solange er proletarischer Staat ist, im Besitze der Produktionsmittel und somit auch das Kontrollorgan der Verteilung. Was sich durch die Zunahme der "bürokratischen Verunstaltung" verändert, ist nicht der Staat in Bezug auf seine Funktion als Kontrollorgan der Verteilung und der Wechsel von ihm auf die

Bürokratie, sondern darin, daß die Bürokratie in die Lage versetzt wurde, den Staat zu benützen um die Arbeiterklasse zu bestehlen, Sie erhöht damit die Ungleichkeit auf dem Gebiet der Verteilung und bringt die Macht der Arbeiter in äußerste Gefahr.

# IV. Die Macht der Bürokratie im entarteten proletarischen Staat.

Die Frage der Macht der Bürokratie im heutigen , entarteten prolettarischen Staat, ist eine der entscheidensten Flagen der Entwicklung, nicht nur des rooletarischen Staates und der Diktatur des Proletariats selbst, sondern eine entscheidende Frage der Volwärtsentwicklung der internátionalen proletarischen Revolution. In dieser Frage darf es keine Unblacheit geben! Die PI widmen ihre Thesen dem Kampf gegen die Bürokratie, dem Kampf für die proletarische Revolution, sagen sie, Aber gerade die Frage der Bürckratie deren Funktionen auf Grund ihrer Macht diese Frage beimhaltet so viele Unklarheiten, daß die Thesen das Gegen-

teil von dem erreichen was sie sich als Ziel steckten. In der These lo des ersten Abschnitts schreiben die PI: "Anstatt zu verschwinden, und den Massen den Platz zu überlassen, riß die Bürekratie vollkom en die politische Macht an sich, maßte sich ungeheure Privilegien an, schlug aus dem Bestehen der bürgerlichen Verteilungsnormen den Mauptvorteil für sich heraus, weit über ihre sozial notwendige Funktion als Organ der Verteilung gehend .... (Unterstr.v.u.) Venn es historisch richtig ist, daß die Bürokratie das Organ der Verteilung ist und nicht der Staat, dann ist die Forderung, daß sie verschwinden soll eine leere Phrase. Entweder die Bürokratie ist wirklich das Organ der Verteilung und diese "ihre sozial notwendige Funktion", dann kann sie diese notwendige Funktion" nicht ohne empfindliche Störmens kann sie diese notwendige Funktion" ohne empfindliche Störmens der Verteilung und die Mosgen shochen. Die siehe store die rung anxidiax Massar der Verteilung an die Massen abgeben. Die sich aus di dieser Auffassung eergebende Konsequenz ist, daß es unmöglich ist, die Bürokratie sofort zu stürzen, und diese revolutionäre Aktion nicht auf eine politische Maßnahme, sondern auch auf das ükonomische Gebiet auszudehnen. Außerdem tritt die Frage auf, wer soll die sozial notwendige

Funktion der Bürokratie übernehmen: etwa eine neue Bürokratie?

Dei Meinung der PI geht auch hier mit dem Marxismus auseinander.

Lenin schreibt indem er besonders auf die Bürokratie hinweist: "An
Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugeten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Kommandostellen des stehenden Heeres) kann das die Henschheit selbst besorgen, und je größer der Anteil des ganzen Volkes an der Ausübung der Funktionen ist, umso weniger benötigt es die Macht". Vorne haben wir bewiesen, daß das Organ der Verteilung nach Auffassung des Marxisten Lenin der Staat ist. Hier beweisen wir, daß eine bevorzugte Beamtenschaft zur Leigtung der Staatsgeschäfte nicht nötig ist. Daß also das Organ der Verteilung der Staat ist und daß bei der Ausübung der staatlichen Funktionen des gesamte Volk Anteil haben soll. Weiters habon wir beiwesen, daß die Verteilung K E I N E "sozialnotwendige Funktion" der Bürokratie ist, daß zu dieser Funktion absolut keine privilegierte Beamtonschaft notwendig ist. Die staatlichen Tunktionen kann das gosomte Volk selbst ausüben. Matürlich auch die Funktion der Verteilung. Daher kann man auch sofort und ohne Zögern zum Sturz der Stalinbürokratie übergehen. Diese Maßnahme wird sich jedoch nur auf politisches Gebiet, in Bezug auf die Stalinbürokratie beschränken. Eine Maßnahme in Bezug des Sturzes einer Klasse,

oder deren Verteilungsnormen ist es nicht.
Die Gefahr der Bürokratisierung ist auch innerhalb der proleta-Lichen Diktatur vorhanden. Das hat natürlich auch Lenin und mit kihm die ganze Fartei erkannt. Daher hat sie unter seiner Führung zum Kampf gegen die Gefahr der Bürchratisierung und zur Überwindung dieses Übels folgende Maßnahmen empfohlen und in das Frogramm aufgenommen:

1. Die obligatorische Einbeziehung jedes Mitgliedes der Sowjets

in eine bestimmte Arbeit der Staatsverwaltung. 2. Einen fortwährenden Wechsel in diesen Tätigkeiten, sodaß jedes Mitglied nach und nach an aller Meilen der Verwaltung Anteil hat.

3. Eine allmähliche Einbeziehung der ganzen arbeitenden Bevölkerung bis zum letzten Mann in die Arbeit der Staatsverwaltung.

Durch eine wirkliche Durchführung dieser Maßnahmen, die ein weiterer

Schritt auf dem Weg ist, den einst die Parison Kommune zuelst betreten hat, wird eine Vereinfachung der Verwaltungstutigkeit und eine Hebung der kulturellen Lage der Arbeiter herbeifühlen.

Diese historische Fordorung ist in der S.U. nicht verwirklicht. Es wähe falsch, wollte dies jemand behaupten. Die Bürokratie hat es verstanden den Einfluß der Sowjets und damit der Massen auszuschalten. Die Fürokratie hat in einem fast 1/4 Jahrhundert währenden Kampf gegen die revolutionären Arbeiter, gegen das Programm der damals noch kommunistischen Partei die Sowjets vernichtet und damit die Kontrolle der Massen abgeschüttelt. Sie hat die kommunistische Partei und die Gewerkschaften ihrer revolutionären Inhalts beraubt und zu ihrem bürokratischen Werkzeug gemacht.

Ursprünglich das We=rkzeug der Arbeiterklasse zur Ausübung der Macht, hat sie sich die Arbeiterklasse und deren Staat selbst unterworfen. Nicht ihre eigenen Interessen sollte sie vertreten, sondern die Interessen derjenigen Klasse deren Dienerin sie war. Aber die materiellen Dedingungen der internationalen Entwicklung, natürlich auch der nationalen Entwicklung der proletarischen Weltrevolution halfen ihr, sich über die Arbeiterklasse emporzuheben, deren Dienerin sie ursprünglich war.

Wenn nun die PI in ihren Thesen sagen: "Die entartete Dürokratie der U.d.S.S.R. ist keine herrschende Klasse, so können wir ihr nur beipflichten, Venn sie aber in ihren Thesen konsequent der Frage der Klassenzugehörigkeit der Stalinbürokratie ausweichen, sie aber als das Orgen der Verteilung betrachten, so handeln sie gegenteilig ihrer Meinung, Die Bürokratie ist keine herrschende Klasse. Sie betrachten die Stalinbürokratie als einen Teil einer Klasse, die nicht nur ihren Jesitzverhältnis, sondern auch dem Besitzverhältnis entsprechenden Verteilung, der Arbeiterklasse fremd und auch feindlich ist.

In Trüheren Arbeiton bezeichmen die PI die Bürokratie des entarteten proletarischen Staates als "kleinburgerliche Schicht" die im Laufe cines Prozesses von der einen Klasse in die andere, in die Mittelklasse hinüberwechselte. In der These 12 weichen sie einer klaren sauberen Klassenanalyse aus. Sie sagen: Die Frage der Klassenzugehörigkeit der Stalinbürokratie könne nur vom Standpunkt joner Migontumsverhältnisse beantwortet werden, welche die Bürokratie letzten Endes zu verteidigen gezwungen ist. Doch ist es besser anstatt von Klassenzugehömigkeit ven gerade im Falle der Stalinbürokratie, von Klassenabhängigkeit der Bürokratie zu sprechen ... Es ist ihnen offenbar peinlich von der Klassen-zugehörigkeit zu sprechen, anscheinend wohl deswegen, weil sie auf diese Frage keine klare Antwort wissen. Sie wollen die Frage der Bürokratie lieber von der Abhängigkeit "von den klassenmäßig scharf unter-schiedlichen Eigentumsvorhältnissen" botrachtet wissen welche den Nährboden des Schmanotzertums der Bürokratie abgeben. 3 Sie wollen die Bürokratie absolut nicht zu der verkleinbürgerlichten Oberschichte des Proletariats gehömend bezeichnen, somit auch nicht zur Albeiterklasse selbst, weil sie sich selbst über diese verkleinbürgerlichte Oberschichte hinaushebt. "Licht allein der Lebenshaltung nach, sondern vorallem in der kommandierenden Rolle." "Threr Stellung nach gehöre aber selbst die verkleinbürgerlichte Oberschichte noch zum Proletariatt" Die Bürokratie jedoch nicht! "Denn bei der entarteten Bürokwatie handle es sich aber um soziales Schmarotzertum, das ihre soziale Funktion weit überragt." (Diese "markistisch" sein sollenden Blüten, sind nach zu lesen in These 12) Fur haben die HI vergessen, hinzuzufügen was sie unter sozialem Schmarotzertum verstehen, das ihre soziale Funktion überragt. Denn entweder ist sie "soziales "Schmarotzertum dann hat sie keine soziale Funktion, oder sie hat eine soziale Funktion, dann handelt es sich nicht um Schmarotzertum. Das sind beiläufig gesagt die primitivsten marxistischen Grundsätze. Weiter unten fügen sie etwas verschämt hinzu, daß die Bürokratie zur Arbeiterklasse gehöre wie eine bösartige Geschwulst zu einem "gesunden Organismus.

Zuerat wollen sie nichts von Klassenzugehörigkeit der Bürokratie wissen, sondern nur von Klassenabhängigkeit. Sie versuchen in der weiteren Folge der These zu beweisen, daß die Bürokratie nicht zur Arbeiterklasse gehöre, denn ihre Funktion liege außerhalb dieser Klasse: im Schmarotzertum! Sie betrachhten im wesentlichen, wenn man den politischen Kauderwelsch werräumt, die Bürokmatie als über die Klassen stehend. Dies einerseits. Anderseits sagen sie aber die Rürokratie sei nicht nur ideologischer Vertreter des Kleinbürgertum, sondern sie ist

mit den kleinbürgerlichen Eigentumsverhältnissen eng verbunden.

Indem die PI derartige Behauptungen aufstellen und zugleich der der Bürohrstie Verteilungsfunktionen zudichten, geben sie der Bürokratie Klassenfinktion. Verteilen kann nur die jeweils herrschende Klasse nach den jeweils herrschenden Produktionsbedingungen!

Man kann und darf die Verteilung nicht als etwas von der Produktionsweise unabhängiges betrachten. Die jeweilige Verteilung der Güter ist stets abhängig von der Verteilung der "sachlichen Produktionsbedingungen" und der Anwendung dieser Produktionsbedingungen. Die kapitalistische Produktionsweise z.B. beruht darauf, daß die "sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt wennter sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige (kapitalistische d.Red.) Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso,eine von der heutigen verschiedens, Verteilung der Konsumtionsmittel." (Mark) Eie Verteilung der Konsumtionsmittel kann daher nicht unabhängig von den heutschenden Eigentumsverhältnissen und der Klassenherrschaft betrachtet werden. Auch kann das "Organ"der Verteilung"nicht als ein "über den Klassen" stehende "Kaste" bezeichnet werden. Moch weniger darf das "Organ der Verteilung" als zur Mittelklasse gehörig bezeichnet werde, weil damit zwangsläufig die Herrschaft des Froletariats und die in dieser Herrschaft geltenden Produktionsbedingungen abgeleugnet werden.

Worin besteht nun der Unterschied der kapitalistischen Produktion und der Anerkennung des bürgerlichen Rechts und der Verteilung, der Produktionsbedingungen und Verteilung selbst im bürokmatisch entarteten XXXXX proletarischen Staat? Darin, daß im kapitalistischen innerhalb der kapitalistischen Produktionsmedingungen die persönliche Bereicherung durch den Privatbesitz an Produtkionsmittel und die Aneigungung fremder Arbeitskraft in Form von Profit möglich ist. In der kapitalistischen Gesellschaft hat der Arbeiter nur die "Erlaubnis" für sein eigenes Leben zu arbeiten unter der Vosaussetzung, daß er ein entsprechendes Arbeitsquantum unsonst für den Kapitalisten liefert. Der Kapitalist ist natürlich darauf bedacht, durch das Ausdehnen und Intensivieren und Anspannen der Arbeitskraft die "Gratisarbeit" auszudehnen. Das ganze kapitalistische Profits.

Anders im bürokratisch entarteten proletarischen Staat. Die Büro-

Anders im bürokratisch entarteten proletarischen Staat. Die Bürokratie ist nicht die Eigentümerin von Produktionsmittel, sie kann sich auch nicht geleistete Mehrarbeit in Form von Profit aneignen. Woraus ihre, dem Proletariat verschiedene Lebenshaltung zu erklären ist, ist nicht, daß sie das "Organ der Verteilung" ist eine dem Proletariat fremde Klassenfunktion ausübt und sich Profit aneignet. Thre Lehenshaltung beruht auf der politischen Herrschaft die sie im Proletarischen Staat ausübt, daß sie diese Herrschaft benützt um die Gesellschaft zu bestehlen. Insofern sie das "bürgerliche Recht" d.h. die Ungleichheit durch Kampf zur Beseitigung der Klassen nicht überwinden trachtet, sondern konserviert; anstatt sum Verschwinden zu immer größerer Geltung bringt. Dadurch daß sie die Kontrolle und Wählbarkeit durch die Arbeiter abgeschüttelt hat, indem sie ihre Funktionen nicht mehr ausübt um einen durchschnittlichen Arbeitslohn, ist sie "eine dem Sozialismus fremde Ka Kaste." Miemals aber eine eigene Klasse, oder einer anderen Klasse zugehörig deren Existenz auf Frofit beruht.

Die Bürokratie hat durch ihren Sieg über die revolutionären Arbeiter unter Ausschaltung der Sowjetkontrolle das "bürgerliche Recht" zu erhöhter Geltung gebracht, damit natürlich auch die in diesem Recht geltende Verteilung. Aber dieses "bürgerliche Recht" und Verteilung hat sich noch nicht soweit zurück=entwickelt wo das Privateigentum an Produktionsmittel durch den Staat anerkannt wird. d.h. wordie kapitalistische Produktion und Verteilung anstelle der proletarischen getreten ist. Die Herrschaft des Proletariats blieb aufrecht, trotz der Bürokratie, daher kar sich die Verteilung nur im Rahmen der proletarischen Produktionsund Eigentumsverhältniste verändert haben. Und in der Tat, die "übürgerlichen Rechtsnormen" sind noch nicht zurückentwickelt auf das kapitalistische Privateigentum. Das Proletariat ist die herrschende Klasse

#### die Pesitzerin der entscheidenden Produktionsmittell

#### V. Der Weg der proletarischen Diktatur.

In der gnzen vorliegenden Schrift suchen wir zu beweisem, daß die PI in der endgültigen Konsequenz die Herrschaft des Proletariats leugnen, obwohl sie stets von dem Proletariat als herrschende Klasse sprech chen. Sie sagen, daß die Bürokratie die herrschende Kaste ist, die nicht mur das "Organ der Verteilung" ist, sondern auch der Arbeiterklasse, klassen Häig fremd ist. Daß die Anerkennung der politischen Herrschaft in der S.U. bloß auf platonischer Anerkennung beruht beweisen folgende Tatsachen. In These 31 ist die Rede von der notwendigen proletarischen Regeneration der S.U. Es heißt da: "Es geht um Leben umd Tod des ersten Arbeiterstaates. Die proletamische Hegeneration der U.d.S.S.R., der Sturz der Bürokratie wird den ersten Arbeiterstaat von seinen Würgern befreien." Sie sind der Auffassung dass es sich nicht nur um eine politische Aktion handelt, beim Sturz der Bürokratie, sondern auch um eine Ekonomische. Sie betrachten die Herrschaft der Stalinbürokratie als eine Klassenherrschaft, was natürlich ist, wenn sie die Bürokratie als Kaste betrachten deren Wurzel nicht in der Arbeiterklasse, sondern irgendwo außerhalb dieser zu suchen sei. Daß es sich nebenbei nicht um einen Hrrtum handeln kann, sondern die Heinung, daß nicht eine politische, sondern eineproletarische Regeneration des rpoletarischen Staates nötig ist, geht daraus hervor, daß diese Behauptung in der These 32 wiederholt wird. "Der Krieg stellt verschäft die Frage der proletarischen Regeneration der S.U. so sagen sie, sie sind für die proletrische Regeneration der S.U. so sagen sie, sie sind für die Wiederhorschen Regeneration der S.U. so sagen sie, sie sind für die Wiederhorschen Regeneration der S.U. so sagen sie, sie sind für die Wiederhorschen Klasse gestürzt werden muß und die Herrschaft des Proletariats wieder hergestellt werden soll. Paran ändert auch die anerkennenwerte Tatanche nichts, daß die PI wohl betonen, die Arbeiterklasse sei die herrschende Tlasse. Sie legt höchstens Zeugnis über die Verworzenheit der Pi in diesen Fragen ab.

Es wird sicher keinen Marxisten geben der ableugnet, der proletarische Staat stelle den bergang vom Kapitalismus zum Sozialismus dar. Die Bezeichnung bergang bedeutet, daß in der bestehenden Odnung Elemente partiell Kapitalismus und Sozialismus enthalten sind. An sich ist es aun ganz gleich ob der proletarische Staat die straffe Organisgierrung der MNKENTYKKENETE Rätemacht dasstellt, oder die bürokratisch entartete Diktatur der Arbeiter. Beide Typen sind die Herrschaft der Arbeiter. Der erstere entwickelt sich wirklich num Sozialismus, der zweite ist in seiner Entwicklung durch die bürokratische Verunstaltung aufgehalten. Die Arbeiter besitzen die Macht im Staat. Sie haben juridkisch die Macht sie vollkommen mur Durchführung zum Sozialismus su verwenden. Diese juristische öglichkeit besteht jedoch nicht nur indem der Rätemacht entsprechend organisierten proletarischen Staat, sondern auch im bürekratisch verunstalteten. Diese juridische Möglichkeit stellt ein Element des Sozialismus dar. Aber es gibt auch Kräfte im roletarischen Staat die in anderen Biehtung drängen. Men darf die Belle des Wleibürgenstelle des Welchen Staat die in anderer Pichtung drängen. Man darf die Rolle des Kleibürgertums nicht vergensen, diese Masse die die ökonomischen wie die politischen Repräsentanten der Bourgeoisie ist, die das Reservoir des dem Sozialismus feindlichen Elemente darstellt. Sie sind es gerade deswegen, weil sie nicht mit einem Schlag zu beseitigen sind, wie die große Bour-geoisie. Thre Macht ist die Macht der Gewohnheit und gerade deswegen, versuchen sie aus ihren bürgerlichen Gewohnheiten heraus in dieser oder jener Form, gegen den Sozialismus anzukämpfen. Sie wirken umso fürchterlicher well sie nur langsam mit äußerster Vorsicht zu boseitigen sind. Dieso kleinbürgorlichen Kräfte, es müssen dies durchaus nicht "öhonomische "Vertreter des Kleinbürgertums sein, drängen mit ihrem Wachstum auf die Politik und Okonomie um ihre Interessen befriedigen zu können. (Man muß sich nur nicht die bornierte Vorstellung machen, als wenn das Kleinbürgertum prinzipiell ein egoistisches Klasseninteresse durchsetzen wolle. Es glaubt vielmehr, daß die besonderen Bedingungen seiner Befleiung die allgemeinen Bedingungen sind, innerhalb derei allein die moderne Gesellschaft gerettet und der Klassenkampf vermdeden werden kann. Man muß sich ebensowenig vorstellen, daß die demokrati-schen Repräsentanten nun alle "Kleinkrämer" sind, oder für diese schwärmen. Sie hömmen ihrer Bildung und ihrer individuellen Lage nach, himmel-wei von ihren getremt sein. Was sie zu Vertreter des Floinbürgertums was sie zu vertreter des sie indurgentums hacht, ist, daß sie im Kopfe nicht ü bel die Schranken hinaus kommen, worüber jener nicht in Leben hinaus kornt, daß sie zu denselben Aufgaben und Lösungen theoretisch getrieben werden wohin jene das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch treiben.) (Marx) Zeigen sich diens, dem Lozialismus feindlichen Kräfte stürker als die des Proletariats, so ruft dies eine Verunstaltung des politischen Rogimes des Proletariats hervor, das nicht sich zum Sozialismus entwickelt. sondern zunück. "Stehen bleiben kann man in der Geschichte überhaupt nicht" schreibt Leuin in "Die drohende Katastrophe". "Men muß entweder vorwirts oder rückwilts gehen. Vorwirts zu gehen .... ist unmöglich ohne zum Cozialismus zu gehen, ohne Schritte in dieser Richtung zu ma-chen .... Wenn man aber Angst hat vorwärts zu gehen, so heißt das, daß man rückwarts gehrt."

Das Proletariat behält die Cheht, aber es ist unter den gegebenen Umständen unfähig seine Macht revolutionär zu entfalten. Es hat seine Macht micht an das Kleinbürgertum abgegeben (die PI bezeichnen die Bürokratic als mun Kleinbürgertum gehörig, bezw. als über den Klassen stehende Erscheikung) es wird nur durch die Herrschaft der Bürokratie in der Entwicklung zum Sozilismus aufgehalten. Die Bürokratie hat keine selbständige Eigentumswurzel. Geht das Proletariat zur Aktion gegen die Büroklatie über, so hüngt die Oktonomisch in der Euft. Endurch blaucht diese Aktion keine "proletarische Regenerierung" sein, sondern lodig-

lich eine politische.

Worin besteht mund der Unterschied bei einer manterialistischen marxistischen und nicht formal-juristischen Fragestellung der Vacht? Doch nicht etwa, daß man zu einer nichts führenden platonischen Schlußfolgorung gelangt, daß das Preletariat um seine Macht behähren zu können die Regierung (wohlgemerk, die Regierung des proletarischen Staates) an die Bürghratie abgegeben hat, um die politische Herrschaft zu behaupten. "Die Überlassung der Regierung an die entartete Fürokratie der U.d.S.S.R. seitens der herrschenden Arbeiterklassen ist ein Anzeichen der vorübergehenden Schwächung der internationalen Position der Arbeiterklasse und demit des erstet Weiterstaates durch die schwaten Arbeiterklasse und damit des erstem Albeiterstaates durch die schwelen

Niederlagen der Weltrevolution. (Thece 3) Wenn man nun die Frage so stellt, so muß man sich schon die lühe machen eine zweite Frage auf marxistisch-materieller Grundlage zu stellen. Und zwar die, kann die Bürokratie den proletarischem Staat führen und wohin

führt kann sie ihn führen?

Die Bürokratie auf der Basis der Ideologie eines kleinbürgerlichen Spießers, kann aus ihrer Lage heraus das Proletariat nicht revolutionar hren, daher weder die Herrschaft des Proletariats konsequent vertei-Cigen, noch den Übergang von Kapitalismus zum Sozialismus verwirklichen. Daher ist es falsch die "Regierung" der Bürokratie im Arbeiterstaat mit der Regierung der "verkleinbürgerlichten Arbeiteraristokratie" zu ver-gleichen. Während die Bürokratie im Arbeiterstaat diesen lotzten Endes gefilm let, schützt die Regierung Blum, Renner usw. die kapitalistische Herrschaft, durch die Lährung des revolutionären Ansturmen der Arbei-

terklasse gegen diese. Die Frage der Macht ist eine Streitfrage des Staatslebens überhaupt und kann nur durch den Kampf der Klassen entschieden werden, der bis zun bewarfneten Kampf ausgetragen werden buß. Das hat sich auch in der S.U. erwiesen. Das Proletamiet hat nicht freiwillig auf seine Regierung den Räte verzichtet, sondem sie wurde ihm durch den bewaffneten Bürgerkrieg ø entrissen. Las war ein offenbarer Sieg der Realition. Man muß sich angewöhnen, auch die einfachsten Fragen, vom Standpunkt der Klassenbedeutung zu beurteilen. Wenn man zu dem Urteil gelangt, daß die "Überlassung" der Regierung an die Bürekratie mit den Bevolvern der GPU erzwungen wurde, dann muß man auch soweit gehen, diese Flage vom Standpunkt des Sozialismus zu beurteilen. War sie ein Schritt mum Sozialismus, oden ein Schritt murich? Auf diese Frage zu antworten ich müßig. Jeder anerkennt, daß sie reaktionär war. Aber durch diesen Schritt der Bürokratie wurde nicht die Klassenherrschaft des Proletariats gebrochen, sondern nur ihres revolutionären Inhalts beraubt. Es ist da-her nicht die Aufgabe des revolutionären Proletariats die Herrschaft der Klasse wiedeer her=zu=stellen, sondern die politische Regeneration durch den Sturz der Stalinbürokratie zu verwirklichen und der proletarischen Diktatur ihren revolutionälen Inhalt wieder zu gebon.

Die PI haben ihren Thesenvorschlag unseren "Thesenvorschlag" gegenübergestellt und nicht auf gleiche Stufe. Das war gut so. Deum das enthebt uns gewissermaßen gegen eine Gleichstellung Protest zu erheben. Es enthebt uns jedoch nicht, diesen "Thesenentwurf" kritiklos hinzunehmen, sumal er solche Dedeutung haben soll, daß nur auf seiner Basis eine Einigung in den Strättfragen möglich sein soll. Wir veröffentlichen somit die Kritik des ersten Teiles dieses "Thesenentwurfs" und kömmen mur mit Meid sagen: Es muß ein erhebendes Gefüll sein vom Arbeitstisch aufstehen zu können mit dem Bewußtsein, k e i n "V e r n e - V e r " des M a r x i s m u s zu s e i n.

# Einige dringliche Fragen an die "Proletarischen Internationalisten".

Anschließend veröffentlichter Brief ging der PI vor kurzer Zeit zu. Die PI hat indemeen in ihrem letaten Organ die darin enthaltenen lo Fragen beantwortet. Die Deantwortung der Fragen war dergestalt, daß die Leitung unserer Organisation gezwungen war, die in diesem Organ an erster Stelle stehende Erklärung abzugeben und damit einen Trennungsstrich zwischen den beiden Organisationen PI und OG in den betreffenden Fragen su ziehen. Insbesondere der Beantwortung der achten Frage ist die gnößte Aufmerksamkeit zu schenhen, da jene das Ergebnis der B eantwortung der vorstehenden Fragen werden mufte. Ein markantes Beispiel den schiefen Ebene und sollten unsere Disluctionen mit der PI bein anderes Ergebnis bringen, als den Stein suf dieser Ebene ins Rollen gebracht zu haben, so haben wir die Gewißheit heute, bereits Erscheinungen bei dieser Organisation, endlich öffentlich zu sehen, die ansonsten zu einem bedeutend ungünstigeren Zeitpunkt in Erscheinung getieten wären.

Während der Diskursion über den politischen Charakter des Krieges der St., konnten wir die Geführlichkeit der Bezeichnung "verstümmelt, entstellt proletarisch-revolutionär" feststellen. Es wurde uns dabei auch gewiß, daß diese Bezeichnung auch in den Reihen der PI Verwirrung angestiftet hat und zwar in der Richtung, daß die Genossen der PI letzten Endes die Meinung vertheten, den Krieg der S.U. habe einen tatsächlich proletarisch-revolutionären Charkter und zwar in der Richtung, daß proletarisch-revolutionären Charkter und zwar in der Richtung, daß proletarisch-revolutionären der Arbeiterklasse die Stalinbürokratie jedoch nicht als Vertreterin der Arbeiterklasse in Betracht käme. Unter proletarisch-revolutionärer Politik versteht der harkismus jedoch jene Politik des Proletariats, die in konsequentester Weise gegen den Kapitalismus kämpft, diesen kampf international auszurichten versteht und daher in der Lage ist, den proletarischen Staat segen den Kapitalismus wirklich zu verteidigen. Je die an die Far Politik versteht und an er Politik versteht an die Reich Rampf international auszurichten versteht und daher in der Lage ist, den proletarischen Etaat segen den Kapitalismus wirklich zu verteidigen. Je die an die Reich Politik versteht und daher in der Lage ist, den proletarischen Etaat segen den Kapitalismus wirklich zu verteidigen. Je die an die Reich Politik versteht und daher in der Lage ist, den proletarischen Etaat segen den Kapitalismus wirklich zu verteidigen. Je die an die Reich Politik versteht und der Richtung, daß die Genossen der Reichen Reich Politik versteht und der Richtung, daß die Genossen der Reichen Reich Politik versteht und der Richtung, daß die Genossen der Politik versteht der Reich Reich Politik versteht und der Richtung, daß die Genossen der Politik versteht und der Richtung, daß die Genossen der Politik versteht und der Richtung, daß die Genossen der Politik versteht und der Richtung, daß die Genossen der Politik versteht und zu Richtung, daß die Genossen der Politik versteht und zu Ri

I u t i o n ä r .

Mun stehen aber die PI Genossen auf dem Standpunkt den proletarisch-revolutionären Charkter dieses Krieges aus dem Bestehen des "nationalisierten" Eigentums (wie sie, sich ausdrücken) bestimmen zu können. Nationalisiertes Eigentum macht aber noch keinen Krieg unbedingt
revolutionär. Das beweisen die kapitalistischen Staaten z.B. Deutschland, wo das Eigentum immer mehr und mehr nationalisiert wird, jedoch
immer unter Kontrolle der Kapitalisten, unter dauernder Kontrolle dure
den kapitalistischen Staat. Es genügt hier also nicht, bloß vom na-

tionalisierten Ligentum au sprechen, sondern es ist heir die Frage entscheidend, welche Klasse die Herrschaft über den Staat ausübt, welche Klasse her das nationalisierte Eigentum verteidigt. Wenn nun von der SU. vom proletarischen Staat gesprochen wird, so geht eindeutig hervor welche Klasse den Krieg führt: Das Proletarische Herrschaft ausübt. Folglich sind alle Fragen der Herrschaft, wie sie diese ausübt oder verteidigt, oder die Anwendung der Hittel wie der Krieg politische Fragen löst.

Tas wird sofort aus folgendem klar: Das nationalisierte Eigentum

hat in der SU. schon vor dem Krieg gegen Deutschland bestanden. Das Proletariat hat schon vor dem Kriege die S.U. vermittels der Bürokratie nicht aber vermittels der revolutionären Diktatur des Proletariats, der revolutionären Arbeiterräte beherrscht und verteidigt. Deshalb wurde die Diktatur des Proletariats in der SU. von den Marxisten nicht als die revolutionare Ditktatur des Proletariats, sondern als die entartete Diktatur des Proletariats bezeichnet. Die Herrschaft der Bürchratie ist keine revolutionare Diktatur des Broletariats! Mit ihrer Herrschaft kann man nicht zum Sozialisches gelengen: Zum Sozialisches hahn man nicht gehen ohne die proletarische Revolution vorwatts zu treiben, die Arbeiter (nicht nur die, russischen, sondern auch die internationalen) dazu zu erziehen. Fas ist von der Lürckratie in der SU. nicht zu erwarten. Deswegen muß die Ditkatur des Proletariats in Russland durch eine leninistische Reform erneuert welden. Das ist aber nur durch den revolutionären Sturs der Stalinbürokratie möglich. Peswegen, und nur deswegen stand Trotzki auf dem Standpunkt, daß der bürokratische Zentrismus unfähig ist, wirklich revolutionäre Kriege zu führen. Die PI verflachen und vulgarisieren die Meimung Trotzhis mit der Bezeichnung entstellt, verstümmelt, proletarisch-revolutionar. Sie nehmen damit der revolutionären Auffassung über die Stalinbürokratie den wissenschaftlichen Inhalt und die revolutionäre Pointe. Donn wie schon erwähnt, das sosialisierte Eigentum hat in Russland schon vor dem Kriege bestanden, und keinem Markisten wäre es eingefallen, die Politik der Bürokratie, der Politik der Arbeiter unter Führung der Bürokratie- auch im Hinblick, daß durch diese Politik das nationalisierte Eigentum verteidigt wurdeals verstümmelt, entstellt proletarisch-revolutionär zu bezeichnen, trotz der Eigentumsverhältnisse.

Soweit ungefähr das Ergebnis der ersten Diskussion mit der PT. Da wir nicht bestrebt sind aneinander vorbei zu diskutieren, wären wir nun auf die Rolle und ds Wesen der Stalinbürokratie als Führerin des Krieges eingegangen. Doch wäre hiezu Voraussetzung. Die Übereinstimung der Organisationen, OG und PI in dieser Frage gewesen. Die letzte Diskussion beleinte uns eines bessern.

Tir werden nie mit der PI zu einem Standpunkt bezüglich des politischen oder Kriegscharakters des von der SU geführten Krieges gelangen. Wenn wir nicht die ganze Tiefe der Differenz in dieser Frage gereinigen. Die zweite Diskussion mit der PI zeigte uns klar auf, worin der Kern der Differenz liegt. Es ist die Schuld der Führung der PI.daß es einer derartigen Zeitspanne bedurfte, bis an durch die Diskussion die ganze Breite der Differenz aufklaffte, dem die DI zwang uns über den Kriegscharakter zuerst zu diskutieren, ohne die Differenz, bezüglich des tatsächlich Kriegführenden zu bezeinigen. Es ist natürlich ein völliger Widerspruch über die Auswirkungen einer Politik, dem Krieg und dessen Analyse zu diskutieren, um nach der zweiten Diskussion erst feststellen zu können, daß derjenige Faktor, der die Führung des Krieges an sich geriscen hat- die Stalinbürekratie- nach Heinung der PI außerhalb jeder Klasse steht. Und zwar in der Art einer "Schichte" die vom Kleinbürgertum bis zur Großbeurgeeisie reicht, welche aber ökonomisch in dem Gesellschaftszustand des hernschenden Proletariats fußt, die aber trotzden außerhalb jeder Klasse steht und dennoch herrscht. Dieser Konfusion muß die Konfusion der Kriegsanalyse folgen. Dies ist offensichtlich.

Was uns bisher von Seiten der PI von ihrem Standpunkt über diese "Schichte" übermittelt wurde, ist tatsächlich etwas derartig "Neues" daß wir uns wohl binige Zeit den Kopf b zerbrechen werden, bis wir die se "wissenschaftliche Analyse" mit der marxistischen Klassenanalyse in Zusammenhang bringen werden( was wir allerdings für ummöglich halten zumal diese "Schichte" unbedingt in irgend einer Form eine "neue" Klasse darstellen müßte. Wir sind damit tatsächlich in ein Neuland" gekommen

und alle Unterlagen die wir hiefür besitzen sind im Wesen folgende: Diese Schichte fußt ökonomisch im versozialisierten Eigentumsverhältnis, diese "Schichte" herrscht in einem proletarischen also ihr klassenfrem-cen Staat. Diese "Schichte" vertritt konterrevolutionäre und revolutio-näre (über letztere hat man uns noch nicht genau informiert) Intelessen. Auf unsere erste Frage was diese "Schichte" mun tatschlich wirklich sei, welcher Klasse sie angehöre, war die Gegenfrage des PI Vertreters "was die römisch-katholische Kriche sei." Hun dies war in Stunde genommen keine Beweisführung, für die Stichhaltigheit dieser neuen Wellicht-

entdeckung.
Im Einblick dieser neuen Lage müssen wir einige Fragen an die Klänung dienen sollen, dem das neue PI richten, welche zur raschen Klärung dienen sollen, denn das neue Moment zeigt uns die PI Formulierung des Charakters des Krieges der SU in einem wesentlich anderem Licht, welches ungefähr folgenden Schein erweckt: Eine klassenmäßig undeffinierte "Schichte" welche sich aus nichtklassenmäßigen Kleinbürgern bis Großbourgeois lumpenproletarischen(nicht nur ideologisch) Teilen zusammensetzt hat die Fürhung des proletznisch-revolutionären Kampfes an sich gerissen. Sie ist gleichzeitig klassenfremde Vertreterin des Proletzriats, sowie dessen klassenfremder Unterdrücker. Dar Proletzriats übt auf dieses Konglomerat einen Druck aus, führt aber zum neben dieser "Schichte" ohne Führung einem Proletzriats und diese Verbieben.

men Druck aus, führt aber men neben dieser "Schichte" ohne Führung einen proletarisch-hevolutionären Krieg, welchem diese "Schichte" entstellten, verstümmelten Charakter verleiht.

Wir glauben mit dieser Analyse der PT Meinung nahe gekommen zu sein, das Sammelprodukt der letzten Dichussion ließ jedenfalls keinen Zweifel darüber offen. Allerdings müssen wir hinzufügen, daß nicht alle Mitlgieder der PT der Meinung sind, daß die Stalinbürckratie eine klassenlose Schicht sei, sondern darüber "geteilte" Auffassung herrscht.

Nun, wir wollen den PT Gelegenheit geben sich in der Klassenanalyse der Stalinbürckratie zu einigen, wir wollen diese Frage deshalb; nur we so weit streifen, soweit sie in den Mahmen des uns aufgezwungenen Diskussionsthemas fällt. In der weiteren Folge wenden wir jedoch hoffentkussionsthemas fällt. In der weiteren Folge wenden wir jedoch hoffentlich auch auf diese Grundfrage zurückkommen. Und nun die Fragen an die PI.:

- 1. Unter wessen Führung wird die SU verteidigt?
- 2. Welcher Klasse gehört die Führung der SU an?
- 3. Welche Interessen (Politik) vertritt diese Führung?
- 4. Ist der Krieg die Fortsetzung den Politik mit anderen Mitteln?
- 5. Hat der Krieg der SU anderen Charakter als die ihm vorangegangene Politik?
- 6. Wird das Wesen eines Krieges durch sein Ziel und Zweck bestimt?
- 7. Hat der Krieg der SU internationale oder nationale Ziele?
- 8. Welchen Charakter hatten die Kriege der SU die zu Annexionen führten? (Aufzwingen des "Sozialismus")
- 9. Ist jeder Krieg des entauteten prol. Staates unter allen Um-
- ständen zu unterstützen?
  lo. Was versteht die III unter verstümmelt, entstellt, proletarischrevolutionär? Bezieht sie dies auf die Klasse, oder auf deren Führung und Politik?

Wir hoffen, daß die PI diese Fragen gewissenhaft beantwortet und so ihren Willen vor der eigenen Organisation bundgibt, die Diskussions-fragen so rasch als möglich zu klären. Wir er=warten daher ein präzises Eingehen auf obige Fragen und rascheste Beantwortung.

Diese dringlichen Fragen gehen der PI brieflich zu und werden in unselem nächsten Organ veröffentlicht.

#### Nach Redaktionsschluß!

Wir erfuhren soeben von wiserem Vertreter folgende interes aimte politische Festlegung des PI. Vertreters.:

Anlässlich einer im Rahmen der losen Verbindung stattgefundenen Aussprache äußerte sich der PI Vertreter folgendermaßen: "IM SINFE EINERR MOMMUNISTISCHEN ODER SOZIALISTISCHEN POLITIK IST DER KRIEG DES PROLETARIACHEN STAATES KEIN PROLETALISCH REVOLUTIONÄLRER HRIEG".

Vier Wochen nach Abbruch der officiellen Diskussion kommen die PI und erklären inoffiziell, um womöglich einer Verantwortung zu entgehen, der Erieg des heutigen proletarischen Staates sei vom Standpunkt kommunistischer oder sozialistischer Politik nicht proletarisch-pevolutionär. Bis jetzt wurde von Marxisten jede Handlung des Proletariats im Sinne kommunistischer oeder sozialistischer Politik betrachtet und qualifiziert. Nur die PI haben eine andere Methode und es bleibt nur noch die Frage offen im Sinne welcher Politik sie bisher den derzeitigen Krieg betrachteten und betrachten! Die bisherige Methode und die Art wie sie dieselbe handhaben, überlassen wir gerne den "Proletarischen Internationalisten", ihre eigenen Benossen, sowie das gesamt fortgeschrittene Proletariat werden jedoch Rochenschaft fordern, weshalb die PI es bis heute vermied den Krieg der SU im Sinne der kommunistischen Politik zu analysieren.

, . . . . . . . . . . . . . . . . . .